

Nr. 01 | Juli 2019

Liebe Leserinnen und Leser,

nach weiteren arbeitsreichen Wochen, in denen ich meine Büros in Berlin ausgeräumt und in Brüssel bzw. Straßburg noch nicht ganz eingeräumt habe, melde ich mich erneut bei Ihnen zurück - dieses Mal mit meinem Brief aus Straßburg. Darin werde ich Sie künftig darüber informieren, womit wir Abgeordnete uns in der jeweiligen Sitzungswoche beschäftigt haben.

Es ist mir eine große Freude, mich im Europäischen Parlament für die bayerischen Interessen einzusetzen. Als ehemalige Sprecherin für Landwirtschaft, Ernährung und Umwelt der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag ist es gut, dass ich meine Erfahrung künftig im Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (AGRI) sowie im Ausschuss für Entwicklung (DEVE) einbringen kann. Dabei bin ich mir meiner Verantwortung gegenüber unseren Bäuerinnen und Bauern und uns Verbrauchern bewusst.

Die Sitzungswoche stand ganz im Zeichen der Wahl der EU-Kommissionspräsidentin. Die Nominierung von Ursula von der Leyen wurde am Dienstag, 16. Juli, von den Abgeordneten bestätigt. Ich kenne und schätze Frau von der Leyen schon lange, besonders für ihre Professionalität. Doch eines ist und bleibt klar: Wir haben uns Manfred Weber gewünscht und für ihn gekämpft. Deshalb halten wir am Prinzip des Spitzenkandidaten fest - und damit für mehr Demokratie für das Europaparlament. Frau von der Leyen weiß das und hat uns ihre Unterstützung für die nächste Wahl 2024 bereits zugesagt. Denn eines ist sicher: Erst Manfred Weber hat dieses tolle Wahlergebnis aus CSU-Sicht möglich gemacht - und damit auch meinen Einzug ins Europäische Parlament.

Weitere Schwerpunkt-Themen bei der Plenarsitzung vom 15. bis 18. Juli 2019 waren:

- Debatte über die Bewertung des rumänischen Ratsvorsitzes
- Lage in Venezuela
- Debatte über das Programm des finnischen Ratsvorsitzes
- Zusammensetzung der interparlamentarischen Delegationen
- Humanitäre Hilfe im Mittelmeerraum
- Menschenrechtsverletzungen in Hongkong, Russland und an der US-mexikanischen Grenze

Viel Spaß beim Lesen!

Herzliche Grüße



Debatte über die Bewertung des rumänischen Ratsvorsitzes

Am Dienstag, 16. Juli, diskutierten die Abgeordneten auf der Plenartagung des Europäischen Parlaments die Ergebnisse des endenden rumänischen Ratsvorsitzes (1. Januar bis 30. Juni 2019). Rumänien hatte den Zusammenhalt und die gemeinsamen Werte, die Sicherheit und die Stärkung Europas als globaler Akteur als Prioritäten für seinen Vorsitz festgelegt. Die Abgeordneten begrüßten die in vielen Bereichen erzielten Fortschritte und den Abschluss von 90 Legislativdossiers vor Ablauf der achten Wahlperiode des Europäischen Parlaments. Finnland hat Rumänien seit dem 1. Juli 2019 als Ratsvorsitzenden abgelöst.

Lage in Venezuela

Mehr als 7 Millionen Menschen benötigen humanitäre Hilfe, 94 Prozent der Bevölkerung leben unterhalb der Armutsgrenze und mehr als 3,4 Millionen Menschen sind bislang aus dem Land geflohen - das ist die besorgniserregende Bilanz vom schweren Ausnahmezustand in Venezuela.

Bereits zum dritten Mal in diesem Jahr nahm das Europäische Parlament eine Resolution zur Lage in Venezuela an. Gemäß dem jüngsten Bericht des UN-Hochkommissars für Menschenrechte machen die Abgeordneten Machthaber Nicolás Maduro sowie dessen Streitkräfte und Geheimdienste für den willkürlichen Einsatz von Gewalt verantwortlich. Dieser unterdrücke den demokratischen Übergangsprozess und verhindere die Wiederherstellung der Rechtsstaatlichkeit in Venezuela.

Die Abgeordneten forderten den Rat auf, zusätzliche Sanktionen gegen staatliche Behörden zu verhängen, die für Menschenrechtsverletzungen und Repressionen verantwortlich sind. Sie verurteilen die Anwendung willkürlicher Inhaftierungen, Folterungen und Tötungen und bekräftigen ihre Unterstützung für die Untersuchung der umfangreichen Verbrechen, die vom venezolanischen Regime begangen wurden, durch den Internationalen Strafgerichtshof.

Debatte über das Programm des finnischen Ratsvorsitzes

Am Mittwoch, 17. Juli, diskutierten die Abgeordneten mit dem finnischen Premierminister Antti Rinne und dem Vizepräsidenten der Kommission Jyrki Katainen die Prioritäten der finnischen Ratspräsidentschaft. Antti Rinne stellte die Prioritäten der finnischen Präsidentschaft vor: Führungsrolle beim Thema Klima, gemeinsame Werte und Rechtsstaatlichkeit, Wettbewerbsfähigkeit und soziale Integration sowie globale Sicherheit. Die Abgeordneten begrüßten die Wahl dieser Themen und forderten eine Lösung für den langfristigen Haushalt der Union. Sie forderten auch eine stärkere Zusammenarbeit in den Bereichen Migration, Gemeinsame Agrarpolitik und mehr Transparenz.

Zusammensetzung der interparlamentarischen Delegationen

Am Mittwoch, 17. Juli, stimmte das Parlament über die zahlenmäßige Zusammensetzung der inter-parlamentarischen Delegationen ab.

Die interparlamentarischen Delegationen des Europäischen Parlaments pflegen die Beziehungen zu den Parlamenten in Drittländern und tauschen Informationen mit Abgeordneten in anderen Ländern, Regionen und Organisationen aus. Auch geht es darum, die Grundwerte der EU zu fördern: Freiheit, Demokratie, Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie die Rechtsstaatlichkeit.

In dieser Wahlperiode wird es 44 interparlamentarische Delegationen geben, die die Beziehungen zu Abgeordneten außerhalb der EU pflegen.

Humanitäre Hilfe im Mittelmeerraum

Die Aktionen der Nichtregierungsorganisationen im Mittelmeer und die unterschiedlichen Standpunkte der EU-Länder waren am Mittwoch, 16. Juli, Thema einer Plenardebatte mit Rat und Kommission.

Trotz eines deutlichen Rückgangs der Gesamtzahlen versuchen Migranten und Asylbewerber weiterhin, über das Mittelmeer nach Europa einzureisen. Bislang sind in diesem Jahr 682 Menschen gestorben oder werden vermisst, so die Internationale Organisation für Migration (IOM). Der jüngste Schiffbruch ereignete sich am 3. Juli, als 83 Menschen vor der Küste Tunesiens ertranken. Es war der Vorfall mit den zweitmeisten Todesopfern dieser Art im Jahr 2019.

Einige Tage zuvor wurde Carola Rackete, Kapitänin der Sea Watch 3, in Italien verhaftet, nachdem sie mit dem Schiff ohne die Erlaubnis der italienischen Behörden in den Hafen von Lampedusa eingelaufen war, um mehr als 40 Menschen an Land gehen zu lassen, die mit dem Schiff gerettet wurden. Die italienische Regierung hat wiederholt erklärt, dass die Häfen des Landes für Such- und Rettungsboote gesperrt sind.

Tausende von Migranten werden in Libyen in Auffanglagern festgehalten und geraten bei Kämpfen in die Schusslinie, insbesondere nahe der Hauptstadt Tripolis. Mehr als 60 Menschen starben bei einem Luftangriff gegen das Lager Tajoura.

Allen Abgeordneten ist klar, dass wir hier europäische Lösungen brauchen. Eine enge und intensive Zusammenarbeit zwischen den Institutionen und ein gemeinsames Verständnis zwischen den Mitgliedstaaten sind der Schlüssel für die künftige Migrationspolitik.

Menschenrechtsverletzungen in Hongkong, Russland und an der US-mexikanischen Grenze

Am Donnerstag, 18. Juli, verabschiedete das Europäische Parlament drei Entschlüsse zur Bilanz der Menschenrechtssituation in Hongkong, Russland und an der US-mexikanischen Grenze.

Das Europäische Parlament fordert die Regierung von Hongkong (HKSAR) auf, die vorgeschlagenen und höchst umstrittenen Änderungen an ihrem Auslieferungsgesetz zurückzuziehen, die dazu geführt haben, dass die Menschen in Hongkong in beispielloser Zahl auf die Straße gingen. Die Abgeordneten fordern die Behörden Hongkongs ferner auf, alle Anklagen gegen die friedlichen Demonstranten fallen zu lassen und eine unabhängige und unparteiische Untersuchung der Anwendung von Gewalt durch die Polizei Hongkongs durchzuführen.

Die russischen Behörden werden von den Abgeordneten aufgefordert, alle illegal und willkürlich inhaftierten ukrainischen Bürger unverzüglich und bedingungslos freizulassen, sowohl in Russland als auch in den vorübergehend besetzten Gebieten der Ukraine. Das Europäische Parlament fordert auch, dass die russischen Behörden alle Formen der Belästigung von Umweltaktivisten und Menschenrechtsverteidigern im Land unverzüglich einstellen und ihnen gestatten, ihre legitime Arbeit ohne jegliche Einmischung zu verrichten.

Zudem äußerte das Europäische Parlament seine tiefe Besorgnis über die Situation von Migranten und Asylbewerbern an der Grenze zwischen den USA und Mexiko, insbesondere von Migrantenkindern. In den US-Einwanderungshaftanstalten mangle es ihrer Meinung nach an einer angemessenen Gesundheitsversorgung, anständigen Lebensmitteln und angemessenen sanitären Einrichtungen. Familientrennung und Einwanderungshaft liegen nie im besten Interesse des Kindes, heißt es in der Entschlüsselung weiter, während die US-Regierung aufgefordert wird, die Trennung von Familien einzustellen. Die Abgeordneten

betonen, dass die Grenzschutzmaßnahmen den internationalen Menschenrechtsverpflichtungen der USA entsprechen müssen. Sie fordern die zuständigen Behörden in den USA auf, unverzüglich dafür zu sorgen, dass alle Häftlinge Zugang zu den Grundrechten wie Wasser, Nahrung und Unterkunft haben.

Kontakt:

Büro Marlene Mortler, MdEP
Brüder Allee 1 | 91207 Lauf a.d.Pegnitz

Tel.: +49 9123 999 00 51

mittelfranken@marlenemortler.eu
www.marlenemortler.eu

Redaktion: Sarah Schöffler